

Die Rolle der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz an der Berufsschule

Ausgangslage

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind eine bleibende Struktur. Sie sind eine feste Größe an den Berufsschulen. Darauf zu vertrauen, dass sich das Problem bei einem wirtschaftlichen Aufschwung oder einem Fachkräftemangel von alleine löst, geht nicht. Mit anderen Worten, wir haben es mit einem systemimmanenten Problem zu tun.

Im Folgenden werden einige Zahlen und Gründe angeführt, um diese These zu erhärten. Daraufhin wird ergrissen, was dies für die Berufsschule heißt.

Zahlen

Im Zeitraum von 1999 bis 2005 sind 1.358.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Deutschland verloren gegangen. Eine Strukturveränderung auf dem Arbeitsmarkt und ein Beschäftigungsabbau lässt das duale Berufsausbildungssystem, das eng mit dem Beschäftigungssystem verknüpft ist, nicht unberührt.

So erhalten im Jahr 2005 nur 58 % der Schulabgänger einen Ausbildungsplatz. Diese Quote liegt erstmals seit Jahren unter 60 %. Anfang der neunziger Jahre lag diese Quote bei deutlich über 70 %.

Im Jahr 2004 befinden sich 400.000 junge Menschen in Warteschleifen, die meist nicht auf eine spätere Lehre angerechnet werden, soweit eine solche zustande kommt. Solche Warteschleifen sind die einjährige Berufsfachschule, ein Berufsgrundbildungsjahr, ein Berufsvorbereitungsjahr, eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme. 400.000 von ca. 1.600.000 Auszubildenden bundesweit betragen 25 %.

Beschäftigungsabbau, sinkende Zahlen an Jugendlichen in Ausbildungsstellen und junge Menschen, die in Warteschleifen kostbare Zeit verbrauchen. Der Sprung in die Erwerbsarbeit geht über viele Hürden.

Gründe

Die Gründe für die hohe Zahl der unversorgten Jugendlichen liegen zum einen in ihren kognitiven, affektiven und sozialen Beeinträchtigungen. Zugleich gibt es aber auch die Marktbenachteiligten im Zuge eines Verdrängungswettbewerbes um die noch verbleibenden Ausbildungsplätze. Früher ist zudem eine Reihe von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz in gering qualifizierte Arbeitstätigkeiten abgewandert. Diese werden aber strukturbedingt immer weniger. Arbeit wird weniger, besonders solche, bei denen ein Anlernen ausreicht.

Die Gründe sind zum einen (1) der technische Wandel und die damit verbundene Automatisierung. Maschinen können immer mehr einfache, aber auch umfangreichere Tätigkeiten übernehmen. Gut beobachten lässt sich das für

jeden in den Banken. Geldautomaten und Kundenterminals machen viele Schaltertätigkeiten nahezu überflüssig. Zum anderen (2) führt der globalisierte Wettbewerbsmarkt dazu, dass Produktionsstätten mit geringer qualifizierter Arbeit in Billiglohnländer abwandern. Darüber hinaus (3) fehlen Arbeitsanreize für Niedrigqualifizierte, wenn etwaige Erwerbsarbeit nicht einträglicher ist als Sozialleistungen für Arbeitslose.

Aus der quantitativen Qualifikationsforschung der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wissen wir: (1) Produktionsorientierte Tätigkeiten, wie z.B. Rohstoffe gewinnen, Produkte herstellen, Maschinen einrichten und warten, Reparieren, nehmen ab. Insbesondere einfache Tätigkeiten darunter verringern sich. Allein hochwertige bleiben. (2) Primäre Dienstleistungen bleiben anteilig insgesamt stabil und wachsen kaum. Dazu gehören allgemeine Dienste wie z.B. Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren, Sichern, ferner Bürotätigkeiten sowie Handelstätigkeiten. (3) Die sekundären Dienstleistungen nehmen zu. Hierzu zählen Tätigkeiten wie z.B. Forschen, Entwickeln, Organisation, Management, Betreuen, Beraten, Lehren, Publizieren.

Deutschland entwickelt sich zu einer Dienstleistungsgesellschaft mit industriellem Nährboden. Arbeit für gering Qualifizierte wird dabei immer knapper.

Arbeit wird weniger, verbleibende in den Qualifikationsanforderungen hochwertiger. So setzt der deutsche Weg der industriellen Arbeitsorganisation auf eine geringe Standardisierung der Arbeitsprozesse, auf eine Favorisierung hoher Arbeitsumfänge und eine Anreicherung mit indirekten Tätigkeiten wie z.B. Wartung, Reparatur, Qualitätssicherung. Daraus erwartet man sich Wettbewerbsvorsprünge. Platz für gering Qualifizierte ist hier weniger. Diese müssen sich höheren Qualifikationsanforderungen stellen.

Eine Wiedereinführung erhöhter Arbeitsteilung industrieller Arbeit mit Beschäftigung Niedrigqualifizierter auf abgesenktem Lohnniveau wird derzeit zwar wieder diskutiert (Re-Taylorisierung). Eine Umsetzung in Deutschland wird aber von vielen Seiten sehr skeptisch gesehen.

Konsequenzen

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind, wie herausgestellt, eine bleibende Struktur. Die Berufspädagogik hat aber im Grunde seit über 50 Jahren kein Lösungskonzept für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz gefunden. Das Problem ist bisher immer verdrängt worden. Das Verdrängen geht heute nicht mehr.

Lehrkräfte, die das Thema der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz in den Berufsschulen offensiv angehen, sind heute die Speerspitze der berufspädagogischen Entwicklung. Dies wird auch an der Einrichtung einer entspre-

chenden Funktionsstelle deutlich. Neben dieser personalen Aufwertung geht es darum, zündende pädagogische Konzepte in der Befassung mit Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz an der Berufsschule zu entwickeln, einer dauerhaften Gruppe neben den Auszubildendenklassen (vgl. u. a. www.joa.bayern.de). Berufsschule legitimiert sich heute nicht allein mit Berufsausbildung, sondern daneben gleichrangig mit Berufsvorbereitung in vielfältigen Formen.

Ziel ist es, ausbildungslosen Jugendlichen Kompetenzen zu vermitteln, sich auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt orientieren zu können, einen Ausbildungsberuf aufnehmen oder eine qualifizierte Arbeit wahrnehmen zu können.

Die berufspädagogische Figur *Beruf und Lernen*, wie wir sie in den Ausbildungsklassen kennen, bedarf in der Berufsvorbereitung in der Berufsschule einer eigenen Prägung. Der Erziehungsanteil hat hier neben dem fachlichen Bildungsanteil größere Bedeutung. Mit der perso-

nen Förderung muss die individuelle Eingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt einhergehen.

Es kann mehr erreicht werden, wenn für die Berufsschulen die politischen und regionalen Einschränkungen nicht gegeben sind. Zum Beispiel müssten neue Finanzierungsmodelle der Bundesagentur für Arbeit in den berufsbildenden Schulen zu teil- und vollqualifizierenden Berufsfachschulen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz führen. Obgleich Einschränkungen bestehen, ist die Arbeit an dem Machbaren dennoch wegweisend und für die Zukunft der Berufsschule essenziell.

Jugendliche ohne Ausbildungsplatz nehmen eine wichtige Rolle an der Berufsschule ein. Auch und gerade, Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind die Zukunft der Berufsschule. Daran wird in Berufsschulen gearbeitet. Wenn wir das nicht tun, kommt es einer pädagogischen Kapitulation gleich und wir gefährden die Institution Berufsschule.

BLBS-aktuell

Besteht ein Zusammenhang zwischen dem Bildungsmonitoring der KMK und dem Bildungsbericht 2006?

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat ausgelöst durch die unbefriedigenden Ergebnisse der PISA-Studie eine Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring beschlossen. Dazu sind als Instrumente vorgesehen: internationale Schulleistungsuntersuchungen, zentrale Überprüfung des Erreichens der KMK-Bildungsstandards, aber auch die gemeinsame Bildungsberichterstattung von Bund und Ländern. Zu fragen ist natürlich, welcher Zusammenhang zwischen dem Bildungsmonitoring und dem ersten Bildungsbericht besteht.

Der Duden definiert in seiner neuesten Ausgabe zum ersten Mal überhaupt den Begriff „Monitoring“ als „Dauerbeobachtung eines bestimmten Systems“. Davon ausgehend versteht man unter „Bildungsmonitoring“ die regelmäßige Erfassung des Ist-Zustands eines Bildungswesens mit objektiven Verfahren, z. B. Tests, Fragebögen oder anderen statistischen Auswertungen. Es dient der Erfolgsmessung und gibt datengestützt Auskunft über die Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems. Bildungsmonitoring ist also gemäß seiner Zielsetzung entsprechend breit angelegt und umfasst den komplexen Bereich der Bildungsberichterstattung ebenso wie die Überprüfung von Schulleistungen in nationalen und internationalen Vergleichsstudien.

Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz

Die derzeitige Präsidentin der KMK, *Ute Erdsiek-Rave*, betonte bei der Vorlage der Gesamtstrategie der

KMK zum Bildungsmonitoring: „Mit der vorgelegten Gesamtstrategie gewährleistet die Kultusministerkonferenz die systematische Verknüpfung der bestehenden und neuen Untersuchungen zur Beobachtung des Bildungssystems (Bildungsmonitoring). Neben einer Verbesserung des Steuerungswissens sollen davon zusätzliche Impulse für die Weiterentwicklung des Bildungswesens auf den verschiedenen Ebenen ausgehen.“ Als zentrale miteinander verbundene Instrumente der KMK für die gemeinsame Beobachtung des Bildungssystems gelten zukünftig:

- internationale Schulleistungsuntersuchungen,
- die zentrale Überprüfung in einem Ländervergleich, ob die Bildungsstandards erreicht wurden,
- Vergleichsarbeiten in Anbindung oder Ankoppelung an die Bildungsstandards zur landesweiten Überprüfung der Leistungsfähigkeit einzelner Schulen und
- die gemeinsame Bildungsberichterstattung von Bund und Ländern.

„Damit diese erwarteten Impulse und positiven Wirkungen der verschiedenen Verfahren tatsächlich erzielt werden können,“ so heißt es in dem Beschluss, „bedarf es einer konzeptionellen Verbindung der genannten Ebenen.“ Diese Strategie ist in eine Reihe früherer Beschlüsse der KMK einzuordnen. Dazu gehören z. B.:

- die frühzeitige Förderung von Migranten,
- die Bereitstellung von Fortbildungskonzeptionen zur kompetenzbasierten Unterrichtsentwicklung,
- die Bereitstellung von Konzepten und Materialien für Deutsch als Aufgabe aller Fächer oder